

Warum Baden unter Napoleon nicht Königreich wurde

Von Karlhans Grueninger, Freiburg i. Br.

Erstveröffentlicht: Badische Heimat 34 (1954) S. 275 - 284

Der Sonderfriede, den Preußen im Jahre 1795 zu Basel mit Frankreich schloß, war der Stein, welcher die Lawine ins Rollen brachte, die schließlich elf Jahre später das Heilige Römische Reich Deutscher Nation in den Abgrund riß.

Zu den Opfern der preußischen Sonderpolitik gehörten vor allem die süddeutschen Reichsstände, in erster Linie die Markgrafschaft Baden, der österreichische Breisgau und die übrigen Angrenzer des Oberrheins. Der für die preußische Außenpolitik verantwortliche Staatsmann und Unterzeichner des Basler Friedens sympathisierte sogar mit einer französischen Invasion in Baden, so daß sich der preußische König, der sich als künftiger Friedensvermittler zwischen dem Reich und Frankreich fühlte, nicht wundern durfte, daß er

von Wien aus als „Judas am Reiche“ bezeichnet wurde.

„Als freier deutscher Fürst“ hat sich der badische Markgraf Karl Friedrich gegen die französische Gewaltpolitik gewehrt, solange es nur möglich war, ohne die völlige Vernichtung seines Landes auf sein Gewissen zu laden. Wenn trotzdem Baden aus dem Niedergang sehr vergrößert hervorging, so verdankt es dies nicht zuletzt der Persönlichkeit dieses Fürsten, dem ein Friedrich der Große, Goethe und auch Napoleon I. größte Hochachtung zollten.

Durch den unglücklichen Ausgang der drei Koalitionskriege war der badische Markgraf wie die übrigen süddeutschen Reichsstände auf unmittelbare Verständigung mit Frankreich angewiesen, umso mehr als die Entschädigung

gen der deutschen Fürsten für ihre linksrheinischen Verluste letzten Endes nicht beim Reichstag in Regensburg sondern in Paris festgesetzt wurden. Dieser schamlose Länderschacher auf Kosten zunächst der Kirche, dann der kleineren weltlichen Fürsten führte schließlich zu der Gestaltung der politischen Landkarte des deutschen Südens, wie sie uns im wesentlichen bis 1945 vertraut war.

Die Jahre 1803, 1805, 1806, 1810 und 1819 sind die Marksteine der Entwicklung Badens von der Markgrafschaft über das Kurfürstentum zum Großherzogtum im Jahre 1806 und der letzten Gebietserwerbung im Jahre 1819.

Karl Friedrich von Baden hat das Glück gehabt, in den entscheidenden Jahren, insbesondere bei den so schwierigen und peinlichen Verhandlungen in Paris, in der Person des Freiherrn Sigmund Karl Johann von Reitzenstein einen Vertreter der badischen Belange zu besitzen, der in zähem, unentwegtem Ringen und in klarer Realpolitik auf ein Ziel zusteuerte: Erhebung und Vergrößerung Badens zu einem deutschen Mittelstaat, der als Königreich dem Nachbarn Württemberg und auch Bayern durchaus ebenbürtig sein sollte.

Bei seinen Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, griff Reitzenstein auf Ideen zurück, die schon 1799 ein ehemaliger preußischer Diplomat dem Außenminister der französischen Republik Talleyrand vorgetragen hatte. Der nunmehrige französische Agent Theremin sieht in seinem Bericht vom 19. 3. 1799 nach seinen Nachforschungen in Karlsruhe, Stuttgart, Bruchsal, Heilbronn und anderen Orten folgendes Bild der politischen Möglichkeiten im deutschen Südwesten:

Allgemeine Neigung für eine Vereinigung mit der Schweiz, deren Bevölkerung die gleiche ist wie die Schwabens, da sie dieselbe Sprache spricht, die gleichen Gewohnheiten hat und dieselbe Religion und durch zahllose Beziehungen des Handels, der Nachbarschaft und der Verwandtschaft vermischt und verbunden

ist. Diese Idee der Vereinigung sei so natürlich, daß sie eigentlich schon zur Zeit des Kaisers Maximilian hätte verwirklicht werden müssen, auch werde sie von beiden Völkern gewünscht. Vor allem, meint er, wünschten die Badener und Württemberger diesen Zusammenschluß mit der Schweiz. Um einen Anfang zu machen, schlägt er die Besetzung der vier Waldstädte — also von Waldshut, Laufenburg, Säckingen und Rheinfelden — der Landgrafschaft Nellenburg — d. h. des Gebietes von Singen, Radolfzell und Stockach — und des Breisgaus durch die Truppen der französischen Republik vor. Die Bevölkerung aller dieser damals vorderösterreichischen Gebiete solle dann ermutigt werden, den Anschluß (reunion) an die Helvetische Republik, wie die Schweiz damals hieß, zu verlangen. Diesem Ansinnen werde das französische Direktorium nachkommen. In den anderen Nachbarländern solle es dann ebenso gemacht werden, vorab in Württemberg und den Reichsstädten, besonders in Ulm. Damit Preußen und Bayern nicht neidisch würden, was sicherlich der Fall sein werde, wenn sich diese neue Helvetische Republik bis zum Main erstrecken sollte und noch die rechtsrheinische Pfalz und Ansbach dazukämen, solle Böhmen zwischen Preußen und Bayern geteilt und so drei gleichstarke deutsche Mächte geschaffen werden. Frankreich werde „nur“ Mannheim in Besitz nehmen. (Politische Korrespondenz Karl Friedrichs von Baden 1783—1806. Bearbeitet von Erdmannsdörffer und Obser 1888-1915. Band VI, S. 141-145; künftig zitiert P. K. Die zitierten Schriftstücke sind meist französisch im Original und im Abdruck.)

Reitzenstein war nicht ohne Kenntnis solcher Gedankengänge. Am 13. 2. 1799 schrieb er an den badischen Staatsminister v. Edelsheim, daß man in Württemberg eifrig am Sturze der Verfassung arbeite, daß die Helvetische Republik diese Pläne begünstige, ja sogar hoffe, Schwaben mit sich zu vereinigen. Auch die diesbezügliche Beschwerde Württem-

bergs über diese schweizerischen Annexionspläne kennt Reitzenstein. (P. K. B. III, S. 159.)

Über diese Beschwerde berichtet einen Monat später der schweizerische Gesandte in Paris Zeltner nach Bern, Talleyrand habe dem Württemberger erklärt, „die fraglichen Gerüchte“ seien „unbegründet“. (P. K. B. III, S. 183.)

Die Grenzen, bis zu denen die schweizerischen Einverleibungswünsche gehen, beschreibt der fürstenbergische Regierungspräsident v. Kleist an den badischen Staatsminister von Edelsheim am 8. 2. 1799:

.. das helvetische Geheimnis ist Ihnen wohl schon lange bekannt. Diese fruchtbare Republik, welche nun auch bald geldarm werden muß, wünschte sehr, einige fruchtreiche Departements von Schwaben einverleibt zu haben, allenfalls bis an die Donau und Kinzig, um die neuen größeren Administrationskosten eher bestreiten zu können. Die helvetischen Negociateurs in Paris sollen den Wunsch einiger Mißvergnügter in Schwaben als einen nationalen Wunsch von Schwaben geltend zu machen suchen. Gegen diese helvetische Negotiation werden hoffentlich die mächtigen Fürsten Schwabens, welche in guten Verhältnissen mit Frankreich stehen, die tunlichsten Gegennegotiationen anzubringen suchen.“ (P. K. B. III, S. 177/78.)

Erinnert dies nicht an alte eidgenössische Wünsche, wie sie vor allem von Bern verfochten wurden, und die darauf abzielten, das eidgenössische Gebiet bis über den südlichen Schwarzwald hinauszuschieben? Unter den „mächtigen Fürsten Schwaben“ versteht Kleiser in erster Linie den Markgraf von Baden und den Herzog von Württemberg. Hätte er geahnt, welches Schicksal seinem geliebten Fürstentum Fürstenberg gerade von diesen beiden schwäbischen Fürsten blühen sollte, wäre er vielleicht den vermeintlichen Schweizer Aspirationen nicht so ablehnend gegenübergestanden.

Fünf Jahre später hören wir dann aber auch von badischen Absichten auf die Schweiz und Württemberg.

Am 26. 9. 1804 — also im selben Monat, da der 1803 Kurfürst gewordene, 76jährige Karl Friedrich von Baden in Mainz Napoleon seine Aufwartung machte, berichtete der badische Geschäftsträger Freiherr Reinhard v. Gemmingen aus Wien an den badischen Staatsminister Freiherrn Georg Ludwig v. Edelsheim von Gerüchten über neue Territorialveränderungen. Baden hatte ja inzwischen durch den Reichsdeputationshauptschluß die rechtsrheinischen Gebiete der Bistümer Konstanz, Basel, Speyer, Straßburg, dann die rechtsrheinische Pfalz, Ladenburg, Bretten, Heidelberg und Mannheim erhalten; ferner die Herrschaften Lahr, das Hanauerland, 11 Abteien und sieben Reichsstädte. Nach den neuen Plänen sollte der Kurfürst von Württemberg nach Hannover versetzt werden, Baden aber sollte Stücke von Württemberg und die Oberherrschaft über die Schweiz bekommen (P. K. B. V, S. 179).

Mögen diese Gerüchte der französischen Realitätspolitik nicht ganz entsprochen haben, so steht doch fest, daß Frankreich größten Wert legte auf einen ziemlich engen Zusammenschluß der von ihm abhängigen süddeutschen Mächte Bayern, Württemberg und Baden einerseits und der Schweiz andererseits. Diese französische Einstellung wird genauer präzisiert in dem zwischen Frankreich und den genannten süddeutschen Staaten im Anschluß an den Preßburger Frieden geschlossenen Allianzvertrag vom 16. 1. beziehungsweise 21. 1. 1806, wo es im Artikel 11 heißt:

„Die helvetische Republik wird eingeladen werden, dem Bündnis beizutreten, in dessen Rechte und Pflichten sie so eintreten wird, als ob sie unter der Zahl der abschließenden Mächte gewesen wäre“ (P. K. B. V, S. 521).

Am Tage der Unterzeichnung des Vertrages in Karlsruhe, am 21. 1. 1806, weilte Napo-

leon in der badischen Landeshauptstadt. Hier wurde beschlossen, daß der Kurprinz Karl, der voraussichtliche Nachfolger Karl Friedrichs, seine Verlobung mit der bayrischen Prinzessin Auguste, eine Verbindung, die Napoleon für Frankreich ungünstig schien, lösen sollte und dafür die Stieftochter Napoleons, Stephanie Beauharnais, heiraten solle. Der badische Interessenvertreter Freiherr von Reitzenstein hoffte, Karl werde sich das Opfer seiner echten Liebe zugunsten der Politik teuer bezahlen lassen.

Es war allerdings ein schwieriges Stück Arbeit, Napoleon für den badischen Kurprinzen überhaupt einmal günstig zu stimmen. Napoleon lehnte Karl wegen seiner guten deutschen Haltung ab. Wohl hatte sich der Kurprinz mit seinem Großvater zu Beginn des dritten Koalitionskriegs in Ettlingen eingefunden, wo am 1. Oktober 1805 der Vertrag über die Stellung eines badischen Hilfskorps von 3000 Mann unterzeichnet wurde. Dem Verlangen Napoleons aber, der Kurprinz solle die badischen Truppen selbst führen, setzte Karl eisernen Widerstand entgegen wie auch dem bescheideneren Wunsch, die badische Hilfstruppe in Pforzheim zu verabschieden. Kriegerische Lorbeeren zu erringen, bekamen die Badener in diesem Feldzug keine Gelegenheit.

Noch schroffer in ihrer Ablehnung Napoleons war die Mutter des badischen Thronerben, die Markgräfin Amalie Friederike, was übrigens Napoleon nicht hinderte, sie wegen ihrer stolzen Haltung zu bewundern.

Diese persönlichen Dinge zusammen mit der augenblicklichen doch noch bescheidenen räumlichen Größe des Landes Baden bewirkten es, daß weder der badische Vertreter bei den Friedensverhandlungen in Brünn, Geheimrat Öhl, noch auch Reitzenstein selbst, der aus Paris nach Wien herbeigeeilt war, durchsetzen konnten, daß im Preßburger Frieden Karl Friedrich die Königskrone zuerkannt wurde (Th. Bitterauf, Geschichte des Rhein-

bundes, B. I., S. 246).

Doch nun war durch die geplante politische Heirat zwischen dem badischen Kurprinzen und der Stieftochter Napoleons eine neue Lage eingetreten, die Reitzenstein rücksichtslos auszunützen gedachte. Erleichtert wurde ihm seine Arbeit durch das Entgegenkommen Napoleons der Markgräfin gegenüber, Stephanie zu adoptieren und zur kaiserlichen Prinzessin zu erheben. Da Karl schon einen Monat vor der Hochzeit in Paris weilte, bearbeitete ihn der Freiherr mündlich und schriftlich, um ihn zu energischer Verfechtung der badischen Pläne bei seinem kaiserlichen Adoptivschwiegervater anzueifern. Er ging dabei weit in die geschichtliche Vergangenheit zurück. So erinnerte er ihn am 6. März 1806 an die „unbestreitbaren“ Rechte des badischen Herrscherhauses auf Neuenburg und Valangin in der heutigen Schweiz (P. K. B., V, S. 580/81). Hatte er im Artikel 5 eines Vorschlages zu einem Geheimvertrag 1796 Talleyrand aufgefordert, auf den Kanton Basel einzuwirken, damit er seine rechtsrheinischen Dörfer Bettingen und Riehen an den badischen Markgrafen abtrete (P. K., B. III, S. 72), so ist er jetzt nicht mehr so bescheiden, vielmehr verlangt er jetzt in einer Denkschrift, die die Grundlage für Karls neu zu stellende Forderungen bilden soll außer den rechtsrheinischen Stücken der Schweiz noch das linksrheinische Hessen, Frankfurt, Aschaffenburg und Nürnberg (P. K., B. V, S. 58 5). Noch im März 1806 wird in diplomatischen Kreisen bekannt, daß Baden auf einige Schweizer Kantone wie Zürich, Basel und Schaffhausen spekuliert (P. K., B. V. S. 587). Selbst der ordentliche badische Gesandte in Paris, v. Dalberg, der spätere französische Herzog, berichtet Anfang April 1806 an v. Edelsheim, daß er der Frau des allmächtigen Talleyrand erklärt habe, das Fürstentum Neuenburg und die Schweiz müßten an Baden gegeben werden, und daß dieses sich mit vollem Recht beklage, so schlecht belohnt worden zu sein für alle die Opfer, die es für den

Kaiser und seine Familie gebracht habe (P. K., B. V, S. 597/98).

Alle diese Erwägungen und Forderungen finden ihren Niederschlag in den „knappen Betrachtungen über die Möglichkeiten, dem Hause Baden eine genügende Vergrößerung zu geben, um ihm die königliche Würde übertragen zu lassen“. Reitzenstein hat sie im April desselben Jahres geschrieben und für den Kronprinzen bestimmt.

Es heißt da: „Nur wenn man dem Kurfürstentum Baden die Schweiz in ihrer Gesamtheit hinzufügt, wird man ihm einen zum mindesten anständigen Platz unter den Königreichen zuweisen können, da dieser neue Staat dann eine Bevölkerung von fast zweieinhalb Millionen Seelen umfassen würde. Diese Maßnahme würde ebenso sehr der Gerechtigkeit wie der Politik entsprechen. Die Schweiz ist eine der Besitzungen, welche in den glücklichsten Zeiten, d. h. vor sechs Jahrhunderten den Vorfahren des Kurprinzen gehörte; ihr glorreichster Titel ist, Städtegründer in den Jahrhunderten der Barbarei gewesen zu sein, unter anderen die Städte Bern und Freiburg gegründet, die Städte Yverdun, Moudon, Burgdorf und andere vergrößert und befestigt zu haben. Eine wohltätige Politik kommt gleichermaßen diesem Wechsel zu Hilfe. Nach alledem, was die Schweiz seit zehn Jahren mitgemacht hat, ist es schwer, sich zu überreden, daß sie Ruhe bekommen werde, es sei denn unter einer erblichen Regierung, und niemals wird England aufhören, auf dieses Land Hoffnungen zu setzen auf Verwirrung und Einflußnahme zum Nachteil Frankreichs. Niemals wird es aufhören, durch seine Sendlinge die Parteien zu unterstützen, es sei denn, es wird ihm durch eine gleichartige Monarchie die Tür versperrt. Es ist also ein wirklicher Sieg über England, den Frankreich erringt, wenn es die Schweiz einem Herrscherhaus verschafft, dessen Anhänglichkeit ihm für immer sicher ist, und das sich schon jetzt (wir stehen kurz vor der Hochzeit des Kurprinzen mit der kaiserlichen

Prinzessin Stephanie! d. Verf.) als Teil der kaiserlichen Familie ansehen kann. Die Ereignisse, die sich in Deutschland noch abspielen könnten, lassen es übrigens allein schon für angezeigt halten, ob man seine Absichten nicht auf die Ergänzung der natürlichen Grenze der badischen Gebiete zwischen Rhein und Main wird richten sollen bis zum Fürstentum Aschaffenburg und der Stadt Frankfurt einschließlic.“ (P. K. B. V., S. 603.)

Es war durchaus kein Wölkenkuckucksheim, das hier Herr v. Reitzenstein vor dem badischen Thronfolger aufbaute. Aus seiner Tätigkeit als Landvogt von Lörrach kannte er die regen Beziehungen zwischen Baden und der Schweiz sehr genau, hatte doch z. B. Basel selbst oft und oft die markgräfliche Familie besonders in Zeiten der Not in seinen Mauern beherbergt. Noch heute erinnert der schöne Bau des markgräflichen Palais in der Hebelstraße, der unter Friedrich Magnus v. Baden-Durlach errichtet wurde, an die Verbundenheit des badischen Fürstenhauses mit der Schweiz. [C. A. Müller. Von Basels Beziehungen zur badischen Markgrafschaft im 17. Jahrhundert (Badische Heimat 1950, S. 97 ff., 1951, S. 30 ff.).]

Bei der Möglichkeit der unmittelbaren Aussprache, die Kurprinz Karl mit Napoleon hatte, war es Reitzenstein sehr unangenehm, daß durch Dalbergs Offenheit die badischen Sehnsüchte in eine weitere Öffentlichkeit zu gelangen drohten. Zehn Tage nach der Hochzeit Karls mit Stephanie, die am 8. April 1806 in Paris mit großer Pracht gefeiert wurde, berichtet Reitzenstein dem Staatsminister v. Edelsheim eingehend über alle Schwierigkeiten, die seinen Bemühungen um eine Vergrößerung Badens entgegenstünden.

Gleich, nachdem er von der Absicht gehört habe, das Herzogtum Berg, auf das Baden Anspruch erhoben hatte, an des Kaisers Schwager Murat zu geben, habe er seine Augen auf die Schweiz geworfen und an ihre Erwerbung unter dem Titel eines Königreichs Helvetien gedacht. Die diesbezügliche

Denkschrift, — die wir oben kennengelernt haben, — habe der Kurprinz später, als er es für wünschenswert gehalten habe, dem Kaiser überreicht. Der Kammerherr Thiard sei, offenbar von Talleyrand in Umrissen über diese Gedankengänge unterrichtet, zu Dalberg gelaufen und habe ihm gesagt, wir müßten den gesunden Menschenverstand verloren haben, daß wir solche übertriebenen Forderungen stellten. Herr v. Talleyrand habe mehrfach geäußert: „Nein, nicht die ganze Schweiz, das ist zuviel, das ist unmöglich!“

Diese Ansicht habe auch General Duroc geteilt, dem er, Reitzenstein, geantwortet habe, es schicke sich für den Ruhm des Kaisers nicht, Mittelmäßiges von ihm für seinen Schwiegersohn zu verlangen.

„Zehn bis zwölf Tage später schließlich bemerkte ich“, schreibt Reitzenstein, „einen beträchtlichen Wandel zum Besseren in der Stimmung. In den Büros des Ministeriums sprach man mir von einem Teil der Schweiz als einer Sache, die sich machen ließe. Vergangenen Dienstag endlich habe ich in einer Besprechung mit Talleyrand alle die zahlreichen und stichhaltigen Gründe wiederholt, die meinen Plan unterstützen konnten. Er, Talleyrand, war keineswegs abweisend und gab mir den Rat, für den Kurprinzen eine Privataudienz zu erbitten. Dies ließ mich fast glauben, daß der Kaiser sich ernstlich mit der Vergrößerung Badens beschäftigen will.“ Zum Schluß bittet Reitzenstein den badischen leitenden Minister, mit niemanden über diese Schweizer Pläne zu sprechen. (P. K. b. V., S. 604.)

Unermüdlich, wie er ist, hat Reitzenstein sogar erreicht, daß er Napoleon selbst seine großbadischen Pläne vortragen durfte. Eingehend und so vertraulich, daß nicht einmal der Kurfürst davon etwas erfahren soll, berichtete er am 7. Mai 1806 über diese Privataudienz an Edelsheim:

„ ... In meiner Audienz habe ich auf alle mögliche Weise das wesentlichste Thema behan-

delt, d. h. den gegenwärtigen zu geringen Umfang unseres Landes, die Rechtmäßigkeit unseres Wunsches, König zu werden wie unser Nachbar, und die Notwendigkeit einer sehr beträchtlichen Vergrößerung, um zu diesem Ziel zu gelangen.“ Auf den Einwand des Kaisers, daß Baden in letzter Zeit doch viel mehr erhalten habe als Württemberg, entgegnete Reitzenstein mit dem Hinweis, daß Baden schon lange vor Württemberg eine glänzende Rolle in der Geschichte gespielt habe. Schließlich habe er den Kaiser dazu gebracht, daß er als erster lächelnd bemerkte, er wisse wohl, daß es die Schweiz gewesen sei, die den Vorfahren des badischen Hauses gehört habe. „Das war genau das, worauf ich hinaus wollte.“

Da Napoleon kein Zeichen irgendwelcher Unzufriedenheit zeigte, war Reitzenstein überzeugt, der Kaiser sei mit seinen Plänen einverstanden. Dies ermutigte ihn, darauf hinzuweisen, daß es nicht nur im Interesse Badens, sondern ganz Europas liege, daß die Schweiz in ihrer Gesamtheit an Baden falle. Ohne ein Wort der Mißbilligung hörte Napoleon all dies an und sagte schließlich — Diplomat zu Diplomat —: „Der Mensch denkt, und Gott lenkt“, er werde sehen, was er machen könne, im übrigen dürfe die königliche Würde dem Hause Baden nicht fehlen. Der Kurprinz solle sich den Großen Kurfürsten zum Vorbild nehmen, der aus kleinsten Anfängen der Begründer der preußischen Monarchie geworden sei. Nur vom Kurprinzen hänge es ab, damit zu beginnen, in gleicher Weise eine neue Epoche in der badischen Geschichte heraufzuführen. Man solle auf ihn vertrauen und den geeigneten Moment abwarten, wo man die Pläne, die man hege, in die Wirklichkeit umsetzen könne.

Reitzenstein fängt den Ball ebenso diplomatisch auf, indem er antwortet, der Prinz werde mit dieser Zusicherung völlig zufrieden sein und mit dem unbegrenztesten Vertrauen dem Augenblick entgegenharren, wo die wohlwollenden Absichten eines Monarchen, der das

Schicksal Europas in den Händen halte, verwirklicht werden könnten.

Tags darauf, so berichtete Reitzenstein weiter an Edelsheim über seine Verhandlungen wegen der Vergrößerung Badens und seiner Erhebung zum Königreich, habe er alles noch einmal Talleyrand wiederholt, besonders das auf die Schweiz Bezügliche, indem er betont habe, daß der Kaiser in keiner Weise seine dringlichen Bitten in dieser Angelegenheit zurückgewiesen habe und daß er nun diese Eröffnung als Samenkorn ansehe, das keimen müsse und das, so schmeichle er sich, sicherlich Früchte tragen werde, wenn Talleyrand ihm seine Sorgfalt zuwenden wolle. Hierauf habe ihm Talleyrand geantwortet, der Kaiser habe nach der Audienz mit ihm gesprochen und daß er den Plan für ausführbar halte. Voll Optimismus urteilt Reitzenstein über Talleyrand: „Nun, ich glaube, Herrn v. Talleyrand zu kennen, und ich weiß, es gibt niemanden, der weniger geneigt ist, dergleichen Zusicherungen ohne wirkliche Grundlage zu geben, besonders nicht mir gegenüber.“ Und so schmeichelt Reitzenstein sich, daß es ihm gelingen werde, die anfänglich so verfahrenere Geschichte zu einem guten Abschluß zu bringen (P. K. B. V, S. 631/32).

Und doch muß er noch am selben Tag das erste Bedenken des kaiserlichen Kriegsministers Clarke melden. Dieser sieht große Schwierigkeiten voraus, wenn er auch überzeugt ist, daß Frankreich die Sache wünscht und diese allgemeine Billigung verdiene. Nicht ohne Unruhe denke er an die schweizerische Opposition, die bis zum Bürgerkrieg führen könne, weshalb man Umwege einschlagen müsse, um die Sache vorzubereiten und gut zu führen (P. K. B. V, S. 632). So dürfen wir uns nicht wundern, daß Reitzensteins rosige Stimmung in der zweiten Junihälfte schon etwas verflogen ist.

Keineswegs beunruhigt er sich — d. h. in gewöhnlicher Sprache, er beunruhigt sich sehr — über die Teilungen von Istrien, Dalmatien,

Berg und Cleve. Im Gegenteil, er hoffte, daß hierdurch die badischen Pläne bezüglich der Schweiz gefördert und begünstigt werden. Vor kurzem war er seiner Sache ganz sicher gewesen. Weit davon entfernt, die ganze Schweiz zu beanspruchen, habe man doch die italienischen und französischen Teile nie ernstlich begehrt, glaubt er aber, so schreibt er an Edelsheim am 20. Juni 1806: „wir haben genügend Grund, uns zu beglückwünschen, wenn es uns gelingt, die deutsche Schweiz zu erhalten“ (P. K., B. V, S. 665).

Von den oben erwähnten Mainplänen ist überhaupt nicht mehr die Rede. Aus den Verhandlungen mit Vertretern der Frankfurter Bürgerschaft geht hervor, daß weite Kreise in Frankfurt die badische Oberhoheit einer etwaigen hessischen vorzogen (P. K. B. V, S. 433 u. 592/92).

Was die Hoffnung auf Erwerbung der Schweiz oder wenigstens von Teilen der Schweiz angeht, so werden hier die Ansprüche immer mehr zurückgesteckt.

In deutscher Sprache schreibt Reitzenstein an den Geheimen Rat, d. h. die oberste Regierungsbehörde in Karlsruhe, von der Wichtigkeit der gelungenen Erwerbung des Fürstentums Fürstenberg, daß durch sie „zu einem ununterbrochenen Zusammenhang von Wertheim bis Buchhorn (dem späteren Friedrichshafen, d. Verf.) nur noch die Landgrafschaft Nellenburg und der Canton Schaffhausen zu wünschen übrig bleibt“ (P. K. B. V, S. 703).

Und was die Erlangung der Königskrone betrifft, so ist Reitzenstein hier nüchterner Realpolitiker genug, um auf das erneute Drängen Edelsheims im Auftrag des Großherzogs (am 17. 8. 1806) für einen Diplomaten sehr deutlich zu erklären, das Land sei zu klein. Der Name König von Baden („Roi de Bade“) sei zu seltsam, man möge sich im Interesse des eigenen Ansehens gedulden, bis man wirklich ein Königreich besitze, und bis sich hierzu Gelegenheit durch weiteren Gebietszuwachs biete und

vielleicht der Titel eines Königs von Helvetien oder Alemannien angenommen werden könne. Die württembergische Königswürde habe ihrem Inhaber genug Spott eingetragen (P. K., B. V, S. 719/20).

Karl Friedrich hat sich nur ungern mit seiner ihm durch den Abschluß des Rheinbundes am 12. Juli 1806 zuteil gewordenen Würde eines Großherzogs von Baden abgefunden, ebenso wenig wie sein Sohn Karl. Aber was tat dieser eigentlich in der ganzen Angelegenheit, er, den die Sache als Thronerben am meisten anging? Obwohl er doch der Schwiegersohn Napoleons war, war er zur persönlichen Einflußnahme kaum geeignet. Seine Schwerfälligkeit und Verlebtheit, die Vernachlässigung seiner Frau, die doch des Kaisers Adoptivtochter war, konnten Napoleon sicherlich nicht dazu begeistern, Karl zum Herrscher eines größeren Landes zu machen. Während Karl noch im Juni 1806 an seine Mutter schreibt: „Mit unseren politischen Interessen geht es um vieles besser vorwärts als im Anfang, und ich wage Ihnen vertraulich mitzuteilen, daß wir Hoffnung haben, die Schweiz als Königreich zu erhalten“ (P. K., B. VI, S. 312), macht er zwei Jahre später seinem kaiserlichen Schwiegervater klagende Vorwürfe über das Fehlschlagen seiner Ansprüche, die er aus seiner Heirat mit der Prinzessin Stephanie herleitet. Reichlich zynisch erklärte er dem Kaiser: „Ich betrachte meine Heirat als eine politische Angelegenheit und konnte sie gar nicht anders betrachten.“ Nur Nachteile habe er davon gehabt. Seine Schwester, die Kaiserin Elisabeth, betrachte sich nicht mehr als seine Schwester. Durch seine Ehe habe er sich gänzlich isoliert. Alle seine Versprechungen habe der Kaiser nicht gehalten. Weder Berg, noch Nürnberg, noch Frankfurt, auch nicht Aschaffenburg und Neuenburg, das Baden doch schon seit hundert Jahren gehören müsse, seien badisch geworden. Die Wiedererlangung der Schweiz, welche ehemals seinen Vorfahren gehört habe, und die ihm am meisten am Herzen gelegen sei, habe man zu-

erst ad acta gelegt, dann als durchaus möglich hingestellt, und nun „sagt mir Eure Majestät, die Sache läßt sich anscheinend nicht arrangieren“. Er, Karl, gebe sich keinen Illusionen hin über die Absichten bezüglich der Schweiz, er wolle zufrieden sein, wenn der Kaiser zu seinem Versprechen stehe, daß, wenn dieses Land einer neuen Änderung anheimfallen solle, es niemand anders erhalte als er. (Fr. v. Weech, Baden unter den Großherzögen Carl Friedrich, Carl, Ludwig 1738-18 30, S. 38 Anmerkung.)

Dieser Wunsch ging nicht in Erfüllung. Die staatsmännischen Bemühungen v. Reitzensteins sollten, soweit sie der Schaffung eines Königreichs gewidmet waren, ebenso erfolglos bleiben, wie der Appell des Erbgroßherzogs an die verwandtschaftlichen Gefühle des Kaisers. Napoleon war zu sehr Realpolitiker, als daß er seine politischen Pläne hätte von Gefühlsmomenten beeinflussen lassen. Er brauchte die Schweiz als wichtige Figur auf dem Schachbrett seiner großen Politik. Er hat im Ernst wohl kaum daran gedacht, die badischen Wünsche zu verwirklichen.

Als Großherzog hat Karl noch einmal einen Traum von einem Königreich gehegt. Diesmal hieß das Königreich — Elsaß (W. Andreas, Geschichte der badischen Verwaltungsorganisation und Verfassung, B. I, S. 364).